

geprägt durch eine Vielzahl nebeneinander bestehender Prüfungssysteme, die sowohl eine eingeschränkte wie eine umfassende Mitwirkung des Prüfungsausschusses kennen. Im schriftlichen Prüfungsverfahren überwiegen jedoch die Fallgestaltungen, in denen die Erarbeitung der Prüfungsfragen und die Bewertung der Lösung — wie hier — durch verschiedene Personen erfolgt.

Auch der Grundsatz der Chancengleichheit im Prüfungswesen gebietet eine Einsichtnahme und eine Beschlußfassung durch den Prüfungsausschuß nicht. Es dient vielmehr in besonderem Maße der Chancengleichheit, wenn die Aufgaben und damit der Schwierigkeitsgrad der Prüfungsanforderungen für alle Prüflinge möglichst gleich sind. Denn die Abschlußprüfung ist nach dem System des Berufsbildungsgesetzes überregional ausgestaltet. Nach § 35 BBiG ist ihr die jeweilige Ausbildungsordnung zugrunde zu legen. Diese wiederum wird nach § 25 BBiG bundesweit erlassen. Dem liegt die Zielsetzung zugrunde, den Auszubildenden eine möglichst breite Berufsausbildung zu ermöglichen und ihnen zur Förderung ihrer beruflichen Mobilität eine Qualifikation unabhängig von den Bedürfnissen des Einzelbetriebes zu vermitteln (vgl. Walter/Hausmann, a. a. O., S. 42). Der Chancengleichheit der Prüflinge dient die Bindung des Prüfungsausschusses an überörtlich gestellte Prüfungsaufgaben im übrigen auch unter dem Gesichtspunkt der Geheimhaltung der Aufgaben vor der Prüfung. Es liegt — auch bei Würdigung der Verschwiegenheitspflicht der Ausschußmitglieder gemäß § 6 PrO — auf der Hand, daß der Prüfungsstoff bei der ausschließlichen Befassung eines überörtlichen Gremiums besser gegen eine vorzeitige Bekanntgabe geschützt werden kann, als dies bei der Einsichtnahme durch eine Vielzahl örtlicher Prüfungsausschüsse möglich wäre.

Der folgende Beitrag von Magdalena Joos ist im Rahmen eines Praktikums entstanden, das die Autorin als Studentin der Verwaltungswissenschaften im BIBB abgeleistet hat und während dessen sie zeitweise im Forschungsprojekt „Berufsbildungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik“ tätig war. Im Zuge der Bearbeitung des Projekts sollte vor allem die Frage geklärt werden, warum sich die Berufsbildungsbeteiligung der hier lebenden Ausländer trotz insgesamt besserer Lernvoraussetzungen über einen Zeitraum von zehn Jahren nur wenig erhöht hat. Bezogen auf die Berufsausbildung wurde die Hypothese aufgestellt, daß die früher ermittelten Einflußfaktoren — Einreisealter, Deutschkenntnisse, Schulabschlüsse — langsam an Gewicht verlieren. Welche anderen Faktoren treten an ihre Stelle? Ein solcher Faktor sind die Kontakte.

Allerdings sind Kontakte zwischen Ausländern und Deutschen gleichermaßen Indikatoren wie Determinanten der Integration. Es schien daher geraten, vorhandenes Erhebungsmaterial aus diesem Bereich und dem der Vorurteile auszuwerten.

Interaktionen und Ressentiments bestimmen sich wesentlich aus der ökonomischen Situation. Deshalb lag es nahe, das Material aus zwei Bundesländern mit deutlich unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage zu vergleichen. Die günstigen Bedingungen in Baden-Württemberg kontrastieren für Analysezwecke ausreichend mit den in Nordrhein-Westfalen.

Die Darstellung mag auf den ersten Blick etwas zugespitzt und eingeschränkt erscheinen. Der Nutzen der Fragestellung liegt in einer gewissen Verallgemeinerungsfähigkeit der Aussagen. Die Ergebnisse finden Verwendung in der weiteren Projektarbeit.

(Die Redaktion)

Ressentiments gegen Ausländer — Ergebnisse einer Befragung Jugendlicher in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

Im Rahmen eines BIBB-Forschungsprojektes zur Berufsbildungssituation ausländischer Jugendlicher wurde unter anderem auch der Frage der Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen nachgegangen. Auf der Basis einer 1985 durchgeführten repräsentativen Mehrthemen-Befragung der 14- bis 29-jährigen Jugendlichen in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) wurden die Einstellungen der Jugendlichen gegenüber Ausländern untersucht. Die Studie war als Ländervergleich zwischen Baden-Württemberg (BW) und Nordrhein-Westfalen (NRW) angelegt, um mögliche Unterschiede in den Einstellungen, die sich auf Faktoren wie Arbeitslosigkeit, beruflicher Status und Gemeindegröße zurückführen lassen, zu ermitteln.

Ausgangspunkt der Überlegungen bildete die Frage, ob zwischen Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit ein statistischer Zusammenhang nachgewiesen werden könne. Dabei wurde insbesondere die Frage untersucht, ob unter den arbeitslosen Jugendlichen in NRW eine häufigere ablehnende Haltung festgestellt werden könne als in BW, da in NRW die Arbeitslosenquote in NW mit 10,6 % doppelt so hoch ausfällt wie in BW (5,1 %).

Des weiteren wurde untersucht, ob Facharbeiter gegenüber Ausländern relativ ablehnend eingestellt seien. Da in Baden-Württemberg 21 % der Befragten Facharbeiter sind (gegenüber 10 % in Nordrhein-Westfalen), müßten hier — so die Annahme — die negativen Aussagen gegenüber ausländischen Mitbewohnern höher liegen als in Nordrhein-Westfalen.

Außerdem wurde die Frage geprüft, ob sich zwischen der Wohnortgröße und der Einstellung gegenüber Ausländern ein statistischer Zusammenhang nachweisen lasse. Dieser Fragestellung liegt die Annahme zugrunde, daß sich der spezifische Lebensraum — neben zahlreichen anderen Faktoren — prägend auf bestimmte Lebenshaltungen auswirken könne; insbesondere in Großstädten — so die Annahme — sei die Möglichkeit zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Ausländern eher gegeben, weil sich häufigere Gelegenheit zum Kontakt mit Ausländern ergäbe. Da in BW der größte Teil der Jugendlichen in mittelgroßen und kleinen Gemeinden und demgegenüber in NRW jeder zweite Jugendliche in Kernstädten mit über 500 000 Einwohnern lebt, müsse die ablehnende Haltung in BW stärker als in NRW ausgeprägt sein.

Ergebnisse

Wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, hat jeweils die Hälfte der Jugendlichen in beiden Ländern „regelmäßig“ bzw. „häufig“ Kontakt zu Ausländern; ebenso viele kommen dagegen „selten“ oder

„praktisch nie“ mit ausländischen Mitbürgern in Kontakt. Weiter berichten die Jugendlichen, daß sie „eher gute“ (90 % NRW; 80 % BW) als „eher schlechte“ Erfahrungen (9 % NRW; 14 % BW) im Umgang mit Ausländern gemacht haben.

Zwischen der Tätigkeit der Jugendlichen und den mit Ausländern gemachten **Erfahrungen** besteht ein nur schwacher Zusammenhang: Arbeitslose Jugendliche geben etwas häufiger die Antwort „eher schlechte Erfahrungen“ (14 %) als die nicht arbeitslosen Jugendlichen (10 %). Die meisten (76 %) bewerten jedoch ihre Erfahrungen mit Ausländern positiv.

Ein stärkerer Zusammenhang (bei einem Signifikanzniveau von 1 %) ergibt sich zwischen der **Stellung im Beruf** und den mit Ausländern gemachten Erfahrungen. Die Gruppe der Facharbeiter gibt überdurchschnittlich häufig an, eher schlechte Erfahrungen gemacht zu haben, während sich die Gruppe der qualifizierten bzw. leitenden Angestellten häufiger positiv äußert.

Interessant erscheint dieses Ergebnis im Hinblick auf die weiter oben gemachte Feststellung, daß Facharbeiter tendenziell selten regelmäßig Kontakt zu Ausländern pflegen, aber vergleichsweise häufig schlechte Erfahrungen machen (es stellt sich die Frage nach Ursache und Wirkung).

Zwischen den Erfahrungen im Umgang mit Ausländern und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten **Gemeindegröße** läßt sich ebenfalls ein Zusammenhang auf einem Signifikanzniveau von 5 % erkennen: Jugendliche aus Städten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern gaben relativ selten eher schlechte Erfahrungen an (3 %), ähnlich die Befragten aus städtischen Randzonen (7 %; der Durchschnitt liegt bei 10 %). Personen aus Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern geben

häufiger an, eher schlechte Erfahrungen gemacht zu haben als die anderen. Daß 40 % der Jugendlichen aus kleinen Gemeinden (d.h. mit weniger als 5 000 Einwohnern) praktisch nie Kontakt zu Ausländern haben und somit die Gruppe mit der geringsten Kontakthäufigkeit darstellen, dabei aber vergleichsweise oft die Kategorie der eher schlechten Erfahrungen von dieser Gruppe angegeben wird, erstaunt. Durch dieses Resultat kann die These unterstützt werden, daß in kleinen Gemeinden und ländlichen Regionen Vorurteile gegen Ausländer stärker ausgeprägt sind als in Städten, wo auch eher die Möglichkeit gegeben ist, mit ausländischen Mitbewohnern zusammenzutreffen und bestehende Vorbehalte abzubauen.

Die Ergebnisse insgesamt lassen den vorläufigen Schluß zu, daß in BW die Ressentiments gegen Ausländer stärker ausgeprägt sind als in NRW: Zum einen ist die Berufsgruppe der Facharbeiter in BW stärker vertreten, die weniger mit Ausländern zu tun hat und ihnen skeptischer gegenübersteht als andere Berufsgruppen.

Zum anderen lebt ein Großteil der Befragten aus BW in Gemeinden der Größenordnung unter 5 000 Einwohner, in denen deutlich höhere Vorbehalte Ausländern gegenüber bestehen.

(Magdalena Joos)

Erfahrungen mit Ausländern und Stellung im Beruf

Erfahrungen mit Ausländern	Arbeiter un-/angelernt	Facharbeiter	Angestellte ausführend	Angestellte qualifiziert
	%			
eher gute	87	73	85	92
eher schlechte	11	22	14	4
keine Angabe	2	5	2	3
Summe	100	100	101	99

Einige Anmerkungen zu der Diskussion über Jugendliche ohne Ausbildung

In der bildungspolitischen Diskussion wird öfters darüber geklagt, daß trotz großer Bemühungen in der schulischen und außerschulischen Berufsausbildung ein erheblicher Teil der jungen Generation ohne Berufsausbildung bleibt. Weniger über die Größenordnung — aber auch darüber — als über die Zusammensetzung der Gruppe bestehen divergierende Vorstellungen.

Klemm¹⁾ hat auf der Grundlage des Mikrozensus ermittelt, daß von den Geburtenjahrgängen 1960 bis 1969 rund 1,5 Mio., das entspricht einem Anteil von 15 % der Jahrgänge, ohne Berufsausbildung bleiben. In einer früheren Berechnung wurde aufgrund der Schülerströ-

me²⁾ der Anteil der Schulentlassenen aus dem Sekundarbereich I ohne anschließende Berufsausbildung auf gut 10 % geschätzt.

Diesen Angaben scheint zu widersprechen, daß im Durchschnitt der 80er Jahre

- 650 000 oder zwei Drittel eines Jahrganges eine betriebliche Berufsausbildung aufnehmen,
- 200 000 oder 20 % eines Jahrganges eine **mehrfährige** Berufsfachschule³⁾ einschließlich Gesundheitsschule begannen,
- 210 000 oder 21 % eines Jahrganges sich als Studienanfänger an einer Hochschule immatrikulierten und
- etwa weitere 60 000 bis 70 000 oder 6 bis 7 % eines Jahrganges andere Berufsausbildungsgänge wie z.B. Beamtenausbildung, Berufsakademie begonnen haben.